

# Alles bleibt anders

*Schenkt man den Parteien Glauben, so könnte sich in Sachen Baukultur und Architekturpolitik einiges ändern. Ein farbenfroher Vergleich aus Anlass der bevorstehenden Nationalratswahl. Von Wojciech Czaja*

Wir erinnern uns: Im Herbst 2006, knapp vor der damaligen Nationalratswahl, brachten wir an dieser Stelle schon einmal einen Überblick über das baukulturelle Programm aller Fraktionen. Von "Vorbildfunktionen" und "Architekturleitbildern" sprachen die einen, von den nötigen "Rahmenbedingungen" die anderen. Die Folgen dieser Lippenbekenntnisse waren, mit Verlaub, homöopathischer Natur.

"Viele sind hartnäckig in Bezug auf den einmal eingeschlagenen Weg, wenige in Bezug auf das Ziel", hatte Friedrich Nietzsche einst gesagt. Und weil das so falsch nicht ist, bleiben wir am Ball und laden ein weiteres Mal zu einem hoffentlich lohnenden Vergleich. Bereits zu Beginn des Wahlkampfes verschickte die Plattform für Baukultur und Architekturpolitik einen kompakten Fragenkatalog an alle zehn Parteien, die zur morgigen Wahl bundesweit antreten. Sieben davon haben geantwortet.

Die Grünen verfügen als Einzige über ein eigenes Wahlprogramm zu Architekturpolitik, das seit 1. September über die Homepage zugänglich ist. Es beinhaltet Themen wie Wettbewerbskultur, Vergaberecht, Honorar-Richtlinien, aber auch Vermittlung, Ausbildung und Bewusstseinssteigerung in der Bevölkerung. Unter anderem schlagen die Grünen die Einrichtung einer "Blauen Lagune" für fortschrittliche Architektur vor. "Dort könnten die Vorteile der Einbeziehung von ArchitektInnen beim Bauen demonstriert werden", wird erklärt.

Etwas anders sieht das die SPÖ. Aus dem Büro von Werner Faymann heißt es: "Baukultur kann nicht von oben herab verordnet werden, und daher kann es auch schwerlich einheitliche Qualitätsstandards geben." Auch das Liberale Forum zeigt sich skeptisch: "Schwierigkeiten sehe ich hier insbesondere bei der Definition von Kriterien", sagt Heide Schmidt. "Es geht darum, dass Qualitätsprozesse permanent fair und transparent beobachtet und evaluiert werden."

Nur wenn es um öffentliche Auftraggeber geht, sind sich alle einig. "Die Bezeichnung von Qualitätsstandards muss gerade bei Bauten, die von der öffentlichen Hand bzw. unter Heranziehung öffentlicher Mittel finanziert werden, selbstverständlich sein", erklärt BZÖ-Spitzenkandidat Jörg Haider. Die SPÖ plädiert zudem für die Einräumung eines hohen baukulturellen Stellenwerts in der Gestaltung öffentlicher Räume.

## **Gute Planung zahlt sich aus**

Klare Forderungen an die Länder und Gemeinden hat auch Franz Morak, Kultursprecher der ÖVP. Baukulturelle Qualitätsstandards müssten sich in jedem Prozess niederschlagen, denn gute Planung zahle sich langfristig aus und sei ökonomisch von großem Interesse. "Ziel muss es sein, dass Architektur, Bauqualität und ökologische Nachhaltigkeit auch unmittelbar von

den Gemeinden, von den Bürgermeistern und Baubehörden und den Ländern als Chance erkannt werden."

Großer Konsens herrscht in Sachen Energie. Die KPÖ ist für eine Energiegrundsicherung für arme beziehungsweise verarmte Menschen, alle anderen Fraktionen sprechen sich klar für eine bessere Klima- und Energiepolitik aus. Während die Grünen die sozialen und ökologischen Nachhaltigkeitskriterien in erster Linie über die Bauordnung absichern wollen, sehen die Sozialdemokraten einen großen Anreiz in den Fördermitteln: "Wir setzen uns für den verstärkten Einsatz der Mittel des Klima- und Energiefonds ein - beispielsweise beim Um- oder Rückbau energetisch ineffizienter Siedlungsstrukturen oder bei der Förderung der Passiv- und Niedrigbauweise." Nicht zuletzt sollte die Wohnbauförderung an bestimmte energetische Standards gekoppelt werden.

Skeptisch zeigt sich in diesem Punkt einzig und allein die FPÖ. "Woher kommen die Baumaterialien? Wie lange sind die Anfahrtswege? Und wie ist die Entsorgung?", hakt sie völlig zu Recht nach. Doch dann werden die neuen Technologien gescholten: "Beim Passivhaus ist bereits bekannt, dass die Luftqualität zur Austrocknung der Stimmbänder und zu damit verbundenen Krankheiten führt." Die Bilanz hätte zudem nicht den gewünschten Effekt, "denn die eingesparten Heizkosten werden zum Teil durch Strom- oder Filterkosten wieder verringert."

Und sonst? SPÖ und ÖVP wollen die Raumplanung maßgeblich verbessern und wollen mit entsprechenden Konzepten der Zersiedelung Einhalt gebieten. Die FPÖ will das Denkmalschutzgesetz maßgeblich verändern und die Strafen für Sünder verschärfen. Und das LIF fordert eine Erhöhung des Forschungsbudgets sowie eine Steuerreform nach ökologischen Kriterien, was auch der Baukultur zuträglich wäre.

## **Wo ist das Herzblut?**

Wir erinnern uns: Ähnliche Worte fielen schon vor zwei Jahren. "Man merkt, dass die Politik mit dem Thema Baukultur schon etwas anfangen kann", sagt Barbara Feller, Sprecherin der Plattform für Baukultur und Architekturpolitik. Doch noch immer werde über Baukultur gesprochen, als handle es sich dabei um irgendeinen Luxus. Dass mit einer entsprechenden Architekturpolitik finanzielle, energetische und materielle Ressourcen eingespart werden könnten, werde kaum erkannt. "Die Antworten der Parteien sind allesamt brav. Ich vermisse das Herzblut."

Feller spricht aus Erfahrung. Denn viel hat sich seit der letzten Nationalratswahl im Herbst 2006 nicht getan. "Zu sagen, es wäre in diesen zwei Jahren nichts geschehen, wäre nicht richtig. Doch wir können uns noch so sehr auf den Kopf stellen, die Errungenschaften bleiben sehr überschaubar."

Hier die größte: Nach langen Verhandlungen wurde im Bundeskanzleramt nun endlich die Einrichtung eines Beirats für Baukultur beschlossen. Geht alles nach Plan, soll der Beirat noch diesen Herbst zum ersten Mal tagen. 17 der insgesamt 24 Beiräte stellt die öffentliche Hand, die restlichen sieben Plätze werden mit Experten besetzt.

"Wir hätten uns ein Kräfteverhältnis von fifty-fifty gewünscht", sagt Plattform-Sprecher Volker Dienst, "doch besser so als gar nicht." Unverständlich sei jedoch, warum die Politik es nicht als notwendig erachte, einen Vertreter aus der Bauwirtschaft im Beirat sitzen zu haben.

Dienst: "Ohne den professionellen Blickwinkel auf die Baubranche kann man noch so viel über Architekturqualität debattieren - es macht wenig Sinn."

### **Budget für Baukulturreport**

Ein wesentlicher Punkt des neuen Beirats wird es sein, den Baukulturreport 2011 auf Schiene zu bringen. Auch das ist fragwürdig, wenn man bedenkt, dass der Baukulturreport 2006 in der Lade liegt und verstaubt. Um das - wohlgerne - wertvolle Kompendium zumindest einem kleinen Kreis zugänglich zu machen, wurden die 500 Seiten damals durch den Kopierer gejagt. Es scheiterte an mickrigen 6000 Euro Druckkosten, die das Ressort von Wirtschaftsminister Martin Bartenstein nicht zuschießen wollte. Und außerdem: "Wenn die Politik nichts tut, dann bringt es auch nichts, einen neuen Report auf die Beine zu stellen", sagt Dienst, "da wird dann das Gleiche drinstehen wie im alten."

Machen wir's wie die Kollegen von der kommunistischen Partei: "Als historische Optimisten sagen wir: Schauen wir einmal. Kämpfen ist ein notwendiger Teil der (Bau-)Kultur und lohnt sich. Mit Sicherheit."

Man merkt, dass die Politik mit dem Thema Baukultur schon etwas anfangen kann. Doch noch immer wird darüber gesprochen, als handle es sich dabei um irgendeinen Luxus.